

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

5.1.1928 (No. 4)

Washington veröffentlicht wird, ist aber eine glatte Absage. Nordamerika lehnt es ab, den Schiedsgerichtsvertrag in der von Briand gewünschten Weise zu erweitern, und will nur dann den Krieg für immer als „außer Gesetz“ erklären, wenn auch andere Staaten, die von den gleichen Wünschen befeuert sind, sich dieser Vereinbarung anschließen. Briand hat also sein Ziel nicht nur nicht erreicht, sondern auch die gesamte Welt darauf aufmerksam gemacht, daß Nordamerika nicht daran denkt, Frankreich politisch irgendeine Sonderstellung einzuräumen. Er ist jetzt in einer schwierigen Lage. Denn wahrscheinlich wird er den amerikanischen Gegenvorschlag ablehnen müssen, weil dieser bei seiner Verwirklichung eine Art Konkurrenzinstitut für den Völkerbund ins Leben rufen müßte.

Alle diese Dinge sind für Briand und die französische Außenpolitik recht peinlich. Vielleicht würde die Enttäuschung dazu, daß Frankreich sich nunmehr mit etwas größerem Nachdruck der Pflege der Beziehungen widmet, die ja doch schließlich für das Land die richtigsten sind, nämlich die Beziehungen zu Deutschland!

Politische Neuigkeiten

Reichstagswahlen Anfangs November

Zu der lebhaften Diskussion in der Öffentlichkeit über die Frage, ob die Wahlen zum Reichstag und zum Preussischen Landtag früher als bestimmungsgemäß durchgeführt werden, wird aus Berliner parlamentarischen Kreisen erklärt, daß allein die Sozialdemokraten und Kommunisten für vorzeitige Auflösung eintraten, während sämtliche bürgerlichen Parteien im Reich sowohl wie in Preußen gewillt sind, die Parlamente eines natürlichen Todes sterben zu lassen. Das würde bedeuten, daß Ende Oktober oder Anfangs November zum Reichstag und im Dezember zum Preussischen Landtag gewählt werden muß.

In Preußen wollen die bürgerlichen Parteien die im Mai, spätestens im Juni durchzuführenden Kommunal- und Reichstagswahlen nicht mit den politischen Wahlen verquiden, weil bei den ersteren die Gegensätze im bürgerlichen Lager weniger scharf sind und so durch Listenverbindungen der Stimmenzerpflünderung wirksam begegnet werden könnte.

Deutsche Volkspartei und Reichsschulgesetz

Wie aus völksparteilichen Kreisen mitgeteilt wird, ist eine Meldung der „Kölnischen Zeitung“ über die Bildung und die Tätigkeit einer sog. „kleinen Kommission“ für das Reichsschulgesetz völlig frei erfunden, wenigstens soweit die Volkspartei in Frage kommt. Damit entfallen auch alle Kombinationen des Blattes über einen angeblichen Kuhhandel völksparteilicher Kreise (Dr. Stresemann) mit dem Zentrum über die Bewilligung eines vorzeitigen Wahltermins durch das Zentrum für ein Entgegenkommen der Volkspartei im Schulausfluß an die Forderungen des Zentrums.

Die „Germania“ erklärt dazu: „Soweit wir unterrichtet sind, wird der Interpellationsausschuß der Regierungsparteien eine Beratung am 10. Januar abhalten, und zwar in der Art, wie dies auch sonst üblich war. Gegenwärtig befinden sich jedenfalls von Zentrumsseite keine für solche Besprechungen in Frage kommenden Persönlichkeiten in Berlin, so daß sich wohl weitere Kombinationen erübrigen.“

Das „D. T.“ erfährt aus völksparteilichen Kreisen, daß die Volkspartei entschlossen sei, in zwei Fragen nicht nachzugeben. Die eine sei der geordnete Schulbetrieb, die zweite die Kontrolle des Religionsunterrichts durch die kirchlichen Organe. Die Partei sei in beiden Punkten einig und geschlossen und stehe wie eine Mauer zusammen.

Das Blatt weiß noch zu berichten, daß in den Weihnachts-tagen Besprechungen zwischen den Führern der Regierungsparteien über diese Fragen stattgefunden haben, die aber verunglückt sind, weil offenbar keine Einigung zu erzielen gewesen ist. Am Montag kommender Woche, also unmittelbar vor Beginn der Verhandlungen im Bildungsausschuß, werden diese Besprechungen wieder aufgenommen werden.

Die Änderung des Tabaksteuergesetzes. Dem Reichswirtschaftsrat liegt zur Zeit der vom Reichsfinanzministerium eingegangene Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Tabaksteuergesetzes vor. Er wurde in der Sitzung der beiden Hauptausschüsse am 14. Dez. 1927 einem Arbeitsausschuß zur Vorberatung überwiesen. Es ist beabsichtigt, die Beratungen so zu beschleunigen, daß noch im Laufe des Monats Januar das Gutachten über den Gesetzesentwurf den Hauptausschüssen vorgelegt werden kann.

Badisches Landestheater

Der Bajazzo

In der gestrigen Aufführung des Bajazzo sang der Canio Dr. Fritz Lang. Der Gast, ein geborener Karlsruher, fand von seiten des Publikums freundliche Zustimmung. Seine Leistung zeigte indessen keine besonderen Merkmale, stimmlich fühlte sie zu stark auf Sprechgesang hin angelegt und dadurch noch mehr, als eigentlich notwendig ist, auf äußeren Effekt eingestellt, aber auch der Darstellung selbst fehlten alle feineren Nuancen, die erst tragische Erschütterung auslösen. Im allgemeinen sind jedoch dem Tenor zumal in der Höhe einige sehr kraftvolle Töne nicht abzuspüren, die ihn allerdings eher dem Helmschall zuweisen. Dies Gebiet dürfte vielleicht überdies doch stärker innerhalb der Grenzen seiner naturgegebenen Mittel liegen als das lyrische Fach, wofür er etwa sich hier als Bewerber in Erinnerung bringen möchte.

V. Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters. Zwei bedeutende Erstaufführungen stehen auf dem Programm des nächsten (fünften) Sinfoniekonzertes, das Montag, den 9. Januar im Landestheater stattfindet. So gelangt von Alfredo Catala, dem bekannten jugitalienischen Komponisten, zum ersten Mal die Elegie eroica zur Wiedergabe, ein großangelegtes Orchesterwerk, dessen ersten Charakter schon die Widmung „dem unbekanntem Soldaten“ näher kennzeichnet. Anschließend spielt Professor Alfred Saal (Stuttgart), der Quartettgenosse Mendels, ein neues Sinfoniekonzert aus der Feder Felix Weingartners. Wie alle Kompositionen des natürlich in erster Linie als geistvoller Interpret der Klavier- und Kammerliteratur geschätzten und international berühmten Dirigenten, besitzt auch dies dreifache Werk (A-moll, Op. 60), durch formale Klarheit und gelungene Faltung. Die zweite Hälfte der Vortragsfolge gehört Robert Schumanns erster Sinfonie (B-dur); mit ihrer Gedächtnis erinnert Generalmusikdirektor Josef Krips an eine der schönsten Schöpfungen aus der Hochblüte der Romantik.

Die gewerbliche Unfallversicherung im Deutschen Reich

Häufigkeit und Ursachen der Unfälle

Die gewerbliche Unfallversicherung umfaßt nach den genaueren Nachweisungen des Statistischen Reichsamtes über das Jahr 1925 als letztes Berichtsjahr 837 695 Betriebe mit 9 734 340 Vollarbeitern. Das bedeutet in Zahl der Betriebe wie der Vollarbeiter eine Steigerung gegenüber dem vorletzten Berichtsjahr 1924.

Es ist nun von allgemein sozialem Interesse, an Hand des vom Statistischen Reichsamte jetzt für das Jahr 1925 veröffentlichten Zahlenmaterials einen Überblick zu geben über die im Jahre 1925 eingetretenen Unfälle, und zwar in der Verschiedenheit, die dabei die einzelnen Gewerbegruppen aufweisen, wie in der relativen Häufigkeit der Unfälle in jeder Gewerbegruppe.

Nehmen wir zunächst alle 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften sämtlicher Gewerbegruppen zusammen, so gab es im Jahre 1925 an Verletzten, für die im Laufe des Geschäftsjahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind: 61 068 männliche Erwachsene, 3596 weibliche Erwachsene, 1390 Jugendliche. Das wechselseitige Zahlenverhältnis der männlichen und weiblichen Erwachsenen sowie der Jugendlichen zueinander ist auch bei der folgenden Spezialisierung unserer Betrachtung auf die einzelnen Gewerbegruppen ohne weiteres aus den absoluten Zahlen ersichtlich. Im ganzen kamen also auf das Tausend der Vollarbeiter aller gewerblichen Berufsgenossenschaften 5,76 Verletzte in dem eben angegebenen Sinne.

Bei fünf der dreizehn einzelnen Gewerbegruppen ist die Verhältniszahl der Verletzten auf das Tausend Vollarbeiter der betreffenden Gewerbegruppe höher als die Durchschnittszahl von 5,76 Verletzten auf das Tausend Vollarbeiter der gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt; bei acht Gewerbegruppen bleibt die Verhältniszahl der Verletzten unter dem Gesamtdurchschnitt für alle Gewerbegruppen.

Bergbau

Die höchste Verhältniszahl der Verletzten weist auf den Bergbau, die in 1605 Betrieben 812 526 Vollarbeiter zählt. Hier kommen auf das Tausend Vollarbeiter 13,0 Verletzte, in absoluter Zahl 10 468 männliche Erwachsene, 23 weibliche Erwachsene und 71 Jugendliche. Die Folgen der Verletzungen sind für diese Gewerbegruppe in 1685 Fällen Tod, in 45 Fällen völlige, in 8882 Fällen teilweise Erwerbsunfähigkeit.

Daugewerbe

In zweiter Stelle kommt das Daugewerbe mit 175 756 Betrieben und 1 094 234 Vollarbeitern. Hier treffen wir auf das Tausend der Vollarbeiter 8,14 Verletzte, nämlich 8740 männliche Erwachsene, 17 weibliche Erwachsene und 148 Jugendliche, und zwar mit 815 Fällen von Tod, 112 Fällen von völliger und 7978 Fällen von teilweiser Erwerbsunfähigkeit.

Ein vergleichender Blick auf diese beiden wie auch auf die noch anzuführenden Gewerbegruppen zeigt, ohne daß wir genauer in diese Einzelheiten einzugehen brauchen, wie stark bei jeder Gewerbegruppe im Verhältnis zur Gesamtzahl der Unfälle die verschiedenen Folgen der Verletzungen, nämlich Tod, völlige oder teilweise Erwerbsunfähigkeit, jeweils eintraten.

Holzgewerbe

Den dritten Platz nimmt ein das Holzgewerbe, mit 77 468 Betrieben und 508 802 Vollarbeitern. Hier ist die Verhältniszahl der Verletzten auf das Tausend der Vollarbeiter 6,20; die absolute Zahl der Verletzten beträgt 2985 männliche Erwachsene, 41 weibliche Erwachsene, 120 Jugendliche. Die Folgen der Verletzungen sind in 155 Fällen Tod, in 10 Fällen völlige und in 2987 Fällen teilweise Erwerbsunfähigkeit.

Eisen- und Metallindustrie

Hienlich nahe an diese Gruppe heran kommt mit der Verhältniszahl der Verletzten die Eisen- und Metallindustrie, die 119 627 Betriebe mit 1 938 329 Vollarbeitern besitzt. Die Verletzten dieser Gruppe, nämlich 10 594 männliche Erwachsene, 792 weibliche Erwachsene und 528 Jugendliche machen 6,15 von Tausend der Vollarbeiter aus. Als Folgen der Verletzungen haben wir 753 Todesfälle, 55 Fälle völliger, 11 006 teilweiser Erwerbsunfähigkeit.

Industrie der Steine und Erden

Die letzte der fünf Gruppen, deren Verhältniszahl von Verletzten über dem Durchschnitt für alle gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt liegt, ist die Industrie der Steine und Erden mit 20 000 Betrieben und 502 546 Vollarbeitern. Hier kommen auf das Tausend der Vollarbeiter 5,81 Verletzte, in absoluter Zahl 2727 männliche Erwachsene, 113 weibliche Erwachsene und 79 Jugendliche. Folge der Verletzungen sind in dieser Gruppe in 336 Fällen Tod, in 48 Fällen völlige und in 2535 teilweise Erwerbsunfähigkeit.

Chemische Industrie

Bei der zweiten Abteilung von acht Gewerbegruppen mit einer geringeren Verhältniszahl von Verletzten als für alle Gruppen zusammen im Durchschnitt, kommt die Chemische Industrie ganz nahe an die Durchschnittsverhältniszahl der Verletzten heran. In ihren 17 576 Betrieben mit 448 402 Vollarbeitern kommen 5,74 Verletzte auf das Tausend der Vollarbeiter, nämlich 2941 männliche Erwachsene, 211 weibliche Erwachsene, 24 Jugendliche, und zwar mit 221 Fällen an Tod, 34 Fällen von völliger, 2321 Fällen von teilweiser Erwerbsunfähigkeit.

Handel und Verkehr

Handel und Verkehr mit 198 105 Betrieben und 1 123 311 Vollarbeitern weist auf das Tausend der Vollarbeiter 5,28 Verletzte auf, in absoluter Zahl 5452 männliche Erwachsene, 399 weibliche Erwachsene und 84 Jugendliche. Als Folgen der Verletzungen haben wir in 622 Fällen Tod, in 61 Fällen völlige, in 5252 Fällen teilweise Erwerbsunfähigkeit.

Lederindustrie

Die Lederindustrie mit 7254 Betrieben und 84 218 Vollarbeitern zählt an Verletzten 873 männliche Erwachsene, 45 weibliche Erwachsene, 17 Jugendliche, was zusammen 5,17 Verletzte auf das Tausend der Vollarbeiter bedeutet. Todesfälle sind es hier 26, Fälle völliger Erwerbsunfähigkeit 8, Fälle teilweiser Erwerbsunfähigkeit 401.

Feinmechanik und Elektrotechnik

Bei der Gewerbegruppe Feinmechanik und Elektrotechnik (einschl. Musikinstrumentenindustrie), die 22 748 Betriebe und 627 060 Vollarbeiter aufweist, beträgt die Verhältniszahl auf das Tausend der Vollarbeiter 4,11 Verletzte, nämlich 2176 männliche Erwachsene, 325 weibliche Erwachsene und 77 Jugendliche. Folgen der Verletzungen sind in 227 Fällen der Tod, in 41 Fällen völlige, in 2310 Fällen teilweise Erwerbsunfähigkeit.

Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

Das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit seinen 151 708 Betrieben und 864 919 Vollarbeitern hat eine absolute Zahl von 2672 männlichen Erwachsenen, 455 weiblichen Erwachsenen und 111 Jugendlichen an Verletzten, die auf das Tausend Vollarbeiter 3,74 Verletzte ausmachen. Todesfälle sind

es hier 265, Fälle völliger Erwerbsunfähigkeit 43, Fälle teilweiser Erwerbsunfähigkeit 280.

Papierindustrie und Veredlungsgewerbe

In der Papierindustrie und dem Veredlungsgewerbe, die in 14 755 Betrieben 471 818 Vollarbeiter zählt, kommen auf das Tausend Vollarbeiter 3,25 Verletzte, in absoluter Zahl 1067 männliche Erwachsene, 406 weibliche Erwachsene, 59 Jugendliche. Wie schon oben bei der Lederindustrie und bei den noch zu nennenden zwei Industrien ist hier die Zahl der Todesfälle im Verhältnis zu den Fällen der Erwerbsunfähigkeit viel geringer, als bei den anderen Gewerbegruppen; wir haben 68 Fälle von Tod, zwei von völliger, 1464 von teilweiser Erwerbsunfähigkeit.

Textilindustrie

Bei der Textilindustrie mit 16 472 Betrieben und 897 920 Vollarbeitern, finden wir an Verletzten 1146 männliche Erwachsene, 573 weibliche Erwachsene — entsprechend dem hohen Anteil der Frauennarbeit gerade in der Textilindustrie die höchste relative Zahl aller weiblichen Erwachsenen in allen Gruppen — und 49 Jugendliche. Folgen der Verletzungen sind hier in 94 Fällen Tod, in vier Fällen völlige, in 1670 Fällen teilweise Erwerbsunfähigkeit.

Bekleidungsindustrie

Endlich die geringste Verhältniszahl von 150 Verletzten auf das Tausend Vollarbeiter weist die Bekleidungsindustrie mit 14 561 Betrieben und 360 955 Vollarbeitern auf, die an Verletzten 327 männliche Erwachsene, 196 weibliche Erwachsene und 17 Jugendliche zählt. Hier sehen wir als Folgen der Verletzungen 20 Fälle von Tod, keinen Fall völliger Erwerbsunfähigkeit, 520 Fälle teilweiser Erwerbsunfähigkeit.

So ist aus dieser Übersicht die Häufigkeit der Verletzungen, wie die verschiedenen schweren Folgen der Verletzungen für alle Gewerbegruppen in ihrer durch die Art der Arbeit bedingten Verschiedenheit hervorgehoben.

Ursachen der Unfälle

Als Gegenbild dazu seien noch kurz die Ursachen der Unfälle in ihrem wesentlichen Umfang aufgezählt. Von Betriebsrichtungen und Vorgängen, bei denen sich diese Unfälle ereigneten, haben wir mit der stärksten Anzahl von 11 871 Fällen Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen, dann kommt mit 9362 Unfällen Zusammenbruch, Einbruch usw. an Gegenständen, bei 8419 Unfällen Fall von Leitern usw., in Verteilungen usw., in 6175 Fällen Auf- und Abfallen, im Verkehr 4456 Unfälle, abspringende Splitter usw. 4125 Unfälle, Überfahren, Absturz usw. vom Wagen 3475 Unfälle, Schemaschichten 2784 Unfälle, feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe usw. 2113 Unfälle, Handwerkszeug und einfache Geräte 1971 Unfälle, Explosion usw. 784 Unfälle, elektrischer Strom 598 Unfälle, Tiere (Stoß, Schlag, Biß usw.) 617 Unfälle. (—G.)

Deutschland und der amerikanische Friedenspaktvertrag

Der Notenwechsel zwischen Washington und Paris über die Frage des Nichtangriffspaktes wird, wie aus Berlin gemeldet wird, in dortigen politischen Kreisen natürlich mit Interesse verfolgt. Den Ausgangspunkt des amerikanischen Standpunktes sieht man in der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten nicht dem Völkerbund angehören, aber durch den Kelloggischen Vorstoß zu einem Vorzug zu gelangen suchen, der ungefähr den Prinzipien und Zielen des Völkerbundes entspricht. In Berliner politischen Kreisen werden alle Bestrebungen, die dem Ausbau des Friedens gelten, mit Sympathie begrüßt. Es ist anzunehmen, daß auch Deutschland sich ihnen anschließen würde, wenn es dazu eingeladen werden sollte.

Amerika und Nicaragua

Amerika, dessen Staatssekretär Kellogg gegenwärtig der Welt die Anregung unterbreitet, daß alle Mächte sich gegen den Krieg als Mittel der Auseinandersetzung in kritischen Fragen erklären, sendet weitere Truppen nach dem mittelamerikanischen Staat Nicaragua. Dort unterstützt Amerika mit Waffengewalt die Sache des ihm genehmen Präsidenten Diaz gegen den liberalen Kandidaten, General Sandino. Die Amerikaner greifen in diese innerpolitischen Kämpfe eines anderen Landes seit längerem auch mit Bomben-Eingriffen ein.

Das Washingtoner Staatsdepartement gibt die amerikanischen Gesamtverluste mit 16 Toten und etwa 40 Verwundeten an. Die Verluste der Streitkräfte des Generals Sandino, des Führers der Aufständischen, an Toten werden auf etwa 400 geschätzt.

Abschiedsgebet des Senatspräsidenten Niedner. Drei Tage vor Weihnachten hat laut „Vorwärts“ der Vorsitzende des Vierten Strafsenats des Reichsgerichtes, Senatspräsident Niedner, sein Abschiedsgebet eingereicht. Der Reichsgerichtspräsident hat es sofort nach Berlin weitergeleitet. Senatspräsident Niedner gibt als Grund für sein Gebet um vorzeitige Pensionierung Gesundheitsrückfichten an. Er ist vorläufig bis zum 1. Februar beurlaubt, dann wird sein formeller Abgang und der Antritt seines Nachfolgers erfolgen.

Die thüringische Landessteuerverwaltung. Ein Berliner Blatt berichtet, daß Verhandlungen zwischen der thüringischen Regierung und dem Reichsfinanzministerium über die Übertragung der Landessteuerverwaltung auf das Reich so weit gefördert worden seien, daß man nunmehr damit rechnen könne, daß die Reichssteuerbehörden die Verwaltung der Thüringer Grundsteuer, Erbschaftsteuer und Aufwertungssteuer vom 1. April dieses Jahres ab übernehmen. Hierzu wird von Berliner unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, daß aber begründete Aussicht auf einen positiven Erfolg besteht. Der Termin läßt sich im Augenblick noch nicht bestimmen.

Entmündigungsantrag gegen den Herzog von Anhalt. Nach Meldungen aus Dessau haben die Schwester des früheren Herzogs Joachim Ernst und die Freiin Marie Auguste von Loeb, verwitwete Prinzessin Joachim von Preußen, und sein Bruder Prinz Eugen von Anhalt gegen Joachim Ernst den Antrag auf Entmündigung gestellt. Offenbar handelt es sich um Streitigkeiten über die Apanage, die Joachim Ernst aus dem herzoglichen Vermögen an seine Schwester zahlen soll.

Frl. Straßburger. Nachdem im letzten Jahre mehrfach Frauen nach Ablegung der zweiten Prüfung zu Gerichtsassessorinnen ernannt worden waren und richterliche Befugnisse an Berliner Zivilgerichten ausüben hatten, ist jetzt eine Gerichtsassessorin zum ersten Male in Berlin auch mit dem Amte eines Strafrichters betraut worden. Die Gerichtsassessorin Frl. Riß ist vom 2. Januar 1928 ab als Mitglied der Ersten Großen Strafkammer des Landgerichts I im Kriminalgericht Moabit tätig.

Ehrhardt löst den Biting in Thüringen auf. Wie aus München gemeldet wird, hat Kapitän Ehrhardt von München aus, wo er sich zur Zeit aufhält, Anweisung für die Auflösung des Bitingbundes in Thüringen, wo er bisher nicht verboten war, erteilt. Gleichzeitig hat Ehrhardt an das thüringische Innenministerium ein Schreiben gerichtet, in dem er von dieser seiner Maßnahme Kenntnis gibt.

Kurze Nachrichten

Keine Mietpreisänderung in Preußen. Auf 1. April 1928 ist in Preußen keine Mietpreisänderung zu erwarten. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt wird als kritisch bezeichnet infolge der ungünstigen Verhältnisse am privaten Kapitalmarkt.

Die Gemeinde- und Kreisvertreterwahlen in Preußen. Wie das „N. L.“ hört, haben im preussischen Landtag Besprechungen der Parteien über den Termin für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und Kreistagen in Preußen stattgefunden. Wahrscheinlich würden diese Wahlen im Mai stattfinden.

Streik auf dem Berliner Schlachthof. Auf dem Berliner Schlachthof und Viehhof sind am Mittwoch die Rinderschlächter als Protest gegen die beabsichtigte Erhöhung der Versicherungssummen in den Streik getreten. 1670 Rinder fanden daher heute keine Käufer.

Keine Verhinderung in Kalkutta. Zu Meldungen über eine Verhinderung in Kalkutta und über im Zusammenhang damit vorgenommene Verhaftungen, teilt das Reutersche Büro mit, daß in London keine derartigen Nachrichten aus Indien vorliegen.

Badischer Teil

Zur Reichsgründungsfeier

Im Amtsblatt des Bad. Ministeriums des Kultus und Unterrichts werden zur Reichsgründungsfeier die Leiter sämtlicher Schulanstalten benachrichtigt, am 18. Januar 1928 nach Schluß des Unterrichts vormittags 11 Uhr in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung der Reichsgründung hinzuweisen. Die weitere Ausgestaltung der kleinen Feier bleibt den Schulleitern überlassen.

Zu der amerikanischen Stiftung für die Universität Heidelberg

Wird mitgeteilt, daß ein Gesamtbetrag von 400 000 Dollars aufgebracht wird, der zur Errichtung eines neuen Universitätsgebäudes in Heidelberg bestimmt ist. Die Stifter gedenken dabei in dankbarer Anerkennung der wertvollen Dienste, die die Universität Heidelberg für die geistige Ausbildung vieler Hundert amerikanischer Studenten geleistet hat. Über 252 000 Dollars wurden von amerikanischen Bürgern nichtdeutscher Abstammung beigegeben.

Lohnbewegungen in Baden

Der Tarifstreik im Mannheimer Gastwirtsgerwerbe. Der Schlichter für Baden hat den in der Tarifstreitfrage der Angehörigen-Organisation des Hotel- und Gastwirtsgerwerbes gegen die Gastwirtsvereine, Freie Innung der Hotel-, Restaurant-, Café- und Konditoreibetriebe in Mannheim gefällten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Mannheim nicht für verbindlich erklärt. Damit ist nun die Notwendigkeit gegeben, erneut in Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten. Ob eine gütliche Einigung erzielt werden kann, läßt sich nach dem Stand der Dinge noch nicht voraussagen.

Gemeinde-Rundschaun

Zur Mannheimer Bürgermeisterfrage. Das „Mannheimer Volksblatt“ teilt zum Verzicht von Ministerialrat Seeger auf eine Kandidatur als zweiter Bürgermeister von Mannheim mit, daß dieser Entschluß den Zentrumskreisen sehr überraschend gekommen ist, nachdem die Wahl bereits so gut wie sicher gewesen sei. Das Blatt teilt mit, daß das Zentrum bisher noch keinen neuen Kandidaten offiziell benannt hat, da ein Verzicht innerhalb der Fraktion hierüber noch nicht gefallen ist. Im Gegensatz zur „Volksstimme“ die eine Verchiebung der Wahl des neuen Bürgermeisters infolge der Minderheitsklärung glaubt annehmen zu dürfen, gibt das „Neue Mannheimer Volksblatt“ der Hoffnung Ausdruck, daß die Lösung der Bürgermeisterfrage nicht mehr allzulange wird auf sich warten lassen. — Für den Posten des Bürgermeisters Ritter sollen nunmehr von Zentrumseite vorgeschlagen werden: Raurat Büchner, Emmendingen, Mitglied des Landtages, und Bürgermeister Keil, Triberg. Für den Oberbürgermeisterposten soll die Deutsche Volkspartei den Syndikus der Handelskammer Duisburg, Dr. Hoff, R. d. A., und Oberbürgermeister Finke, Hagen i. B., präferiert haben.

Die 1. Schwelinger Schloßlotterie hat den Betrag von 13 000 M. ergeben. Diese Summe wurde bei der städt. Sparkasse zinsbringend angelegt und soll als Grundstock für die Wiedererrichtung des Schloßtheaters (des einzigen in seiner ursprünglichen Form erhaltenen Hoftheaters in Deutschland) dienen. Man erwartet, daß sich auch Staat und Stadtverwaltung durch Bereitstellung von Mitteln an der Erhaltung dieses Kunstdenkmals interessieren.

Der Gemeinderat Baden erklärte sich in seiner letzten Sitzung damit einverstanden, die Vorauszahlung für die Gemeindesteuer 1928/27 als endgültig erledigt zu betrachten. Zum Ausgleich dafür wird beschlossen, daß für den ungedeckten Aufwand für 1927/28 das Grundvermögen 60 Proz. und das Gemeinbe 40 Proz. aufzubringen haben.

Von der Kreisverwaltung Konstanz. In der letzten Sitzung der Kreisverwaltung wurde über die Vorstellungen beim Finanzministerium und der Wasser- und Straßenbauverwaltung sowie beim Staatspräsidenten in Karlsruhe wegen Übernahme verschiedener Begehrten im Kreisgebiet in den Landstraßenverband, die als Ferndurchgangstraßen angesehen sind, berichtet. Die Kreissteuerwerte betragen für Grundvermögen 443 591 800 Reichsmark, Betriebsvermögen 67 268 200 Reichsmark, Gewerbeertrag 13 993 369 Reichsmark. Als vorläufige Kreissteuer für das Rechnungsjahr 1927 wurden festgesetzt für Grundvermögen 9,5 Reichspfennig, Betriebsvermögen 4 Reichspfennig, Gewerbeertrag 71 Reichspfennig.

Gastlieferung von Konstanz nach der Schweiz. Die schweizerische Gemeinde Stein am Rhein hat dem Gastlieferungsvertrag mit der Stadt Konstanz ohne Debatte und ohne Opposition die Zustimmung erteilt.

Familien-Anzeigen

der badischen Beamenschaft
finden in der
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger
die weiteste Verbreitung

Bürgermeisterwahl. Da Bürgermeister Reisinger in Niers (Amt Schönau) am 25. 11. 27 durch einen tödlichen Sturz in den Prägloch verunglückt und seitdem die Stelle des Gemeindeoberhauptes vakant ist, findet am nächsten Sonntag die Wahl des neuen Bürgermeisters statt.

Baden hat die kleinste Stadt Deutschlands. Baden kann sich rühmen, die kleinste Stadt Deutschlands zu besitzen, es ist dies die Stadt Gauenstein mit 198 Einwohnern. Im übrigen gliedert sich das Land Baden in 15 Städte und 110 Stadtgemeinden, ferner 1418 Landgemeinden und 14 abgeforderte Gemarkungen mit eigener polizeilicher Verwaltung. 39 Gemeinden und Städte haben mehr als 5000 Einwohner, davon 7 mehr als 20 000. Die Mehrzahl der Gemeinden (495) hat zwischen 200 und 500 Einwohnern, 456 haben zwischen 500 und 1000 Einwohnern, ferner gibt es vier Stadtgemeinden mit weniger als 500 und 6 weitere mit 501 bis 1000 Einwohnern.

Aus der Landeshauptstadt

Ein Beamtenveteran. Zahlreiche badische Finanzbeamte konnten jüngst ihre 25., 40. und 50. Jubiläumstage feiern. Rechnungsrat a. D. Max Müller von hier war es vergönnt, sein diamantenes Beamtenjubiläum zu begehen. Er feiert im 86. Lebensjahr und hat u. a. auch die Feldzüge 1866 und 1870/71 mitgemacht.

Karlsruher ältester Bürger gestorben. Der Privatmann Georg Böhl, der in früheren Jahren ein gutgehendes Kürschnereigewerbe betrieb, ist im Alter von 93 Jahren gestorben. Seine letzten Jahre verlebte er im Heim der Karlsruher Leopold- und Sofienstiftung am Kaiserplatz.

Der neue Stadtplan von Karlsruhe. Beilage zum Karlsruher Adreßbuch 1928, liegt nunmehr fertig vor und kann von den Adreßbuch-Beziehern beim Verlag Karl Friedrichstraße 14, gegen Auszahlung der roten Bestellkarte kostenfrei abgeholt werden. Der Adreßbuch-Stadtplan, auf den neuesten Stand gebracht, zeigt erstmals deutlich die künftige Erweiterung des Stadtbildes. Die vielen neuen Straßen, die Ende Oktober neu benannt wurden, formen sich hier zu ganzen Stadtvierteln, von denen das größte das Gelände zwischen Oststadt und Rindheim völlig ausfüllt. Im Südwesten fällt die Reichsstraße besonders auf, im Norden der Hardtwald-Sportring. Der Plan stellt in seiner völligen Neubearbeitung einen wertvollen Bestandteil des Adreßbuchs dar, er ist nur mit diesem zusammen erhältlich.

Großfeuer im Reichsbahnausbesserungswerk I. Heute morgen gegen 4 Uhr wurde die städtische Berufsfeuerwehr vom Feuermelder Gottesauerstraße wegen Großfeuers in den Reichsbahnausbesserungswerk I alarmiert. Als der erste Löscharbeit an der Brandstelle anam, stand die Kesselschmiede des Reichsbahnausbesserungswerkes bereits in hellen Flammen, die hoch über das Dach der Halle hinauslugten und den Himmel weithin rot färbten. Durch den sturmartigen Wind, der die ganze Nacht über wehte, wurde die Lage außerordentlich kritisch. Es wurde daher sofort ein zweiter Löscharbeit eingesetzt und unter Mitwirkung der ebenfalls alarmierten Bahnhofsfeuerwehr und der Berufsfeuerwehr gelang es, sechs Schlauchleitungen in die Halle vorzutreiben und die Brandstelle so wirksam zu isolieren. Nach dreistündiger Tätigkeit konnte der Brand als in der Hauptsache gelöscht gelten, so daß die beiden Löscharbeit um 7 Uhr wieder abtrudeln und die weitere Beobachtung der Bahnhofsfeuerwehr überlassen konnten. Der Dachstuhl der Kesselschmiede, die im übrigen stark beschädigt wurde, ist dem Feuer zum Opfer gefallen. Personen sind durch den Brand nicht zu Schaden gekommen. Auch die Entstehungsurache ist noch durchaus ungeklärt. Untersuchung ist eingeleitet.

Badisches Landestheater. In Gustav Freitag's „Journalkisten“, die zum Gedächtnis ihrer Karlsruher Aufführung vor 75 Jahren, am Samstag, den 7. Januar, neuinszeniert in Szene gehen, sind neu in Hauptrollen die Damen Ermarth, Genter, Quaiser und Wüller, sowie die Herren Brand, Dahlen, Gemmede, Herz, Hiel, Kloeble, Leitgeb, Müller, Prüter, Schulze und von der Trend. — Am Dienstag, den 10. Januar findet im Stadt-Konzertsaal ein weiteres Gastspiel des Elftägigen Theaters Karlsruhe statt. Zur Aufführung gelangt nochmals das dreitägige Volksstück von Julius Greber „Das Testament“, das bereits im November v. J. mit großem Beifall aufgenommen worden ist. Für die Vorstellung sind die niederen Preise angelegt, so daß den weitesten Kreisen Gelegenheit geboten ist, das äußerst lustige Werk, das zu den besten der elftägigen Dialektliteratur gehört, sich anzusehen. Der Beginn der Vorstellung ist auf abends 20 Uhr festgesetzt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die auf der Vorderseite der Nordglocke einströmenden Luftmassen haben heute nacht Niederschläge gebracht. Über 300 Meter feil Schnee, der zu einer niedrigen Schneedecke führte. Über den britischen Inseln und im Kanal wehen stürmische Winde aus Nordwest und füllen den Wirbel an. Einzelne Strömungen werden auch noch unser Gebiet treffen und bei sonst heilich bedecktem Himmel zeitweise frische westliche bis nordwestliche Winde mit Niederschlägen bringen. **Voraussetzung für 6. Januar:** Vielfach bedeckt, Durchzug von Störungen mit auffrischenden West-Nordwestwinden und Niederschlägen (Gebirge Schnee). Temperaturen wenig verändert.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 1 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz über die Änderung des Fortsetzunges und des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Verordnungen des Ministers des Innern: über die Verwahrung und den Transport von Mineralölen und anderen feuergefährlichen Flüssigkeiten; Deutsche Arzneitaxe.

DJ. Mannheim, 4. Jan. Nach langem schweren Leiden ist kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres Raurat Dr. h. c. Paul Wiffinger, der Seniorchef der wohlbestimmten Firma Grün und Wiffinger A.-G., an den Folgen einer Gallensteinoperation gestorben. In seiner Stadt und Industrie betrauert den Verlust einer hochgeschätzten Persönlichkeit, die an hervorragender Stelle mitgewirkt hat, an dem großartigen Aufstieg Mannheims an der Jahrhundertwende. Raurat Dr. Wiffinger war Mitglied der Handelskammer und hat in einer ganzen Anzahl von Ausschüssen seine Kenntnisse in den Dienst der Mannheimer Wirtschaft gestellt. Er stammte aus Bern in der Schweiz.

Mannheim, 4. Jan. Wie die Direktion der Firma Benz in einem Anschlag gestern bekanntgegeben hat, soll von der laufenden Woche ab anstatt 48 Stunden, nur noch 38 Stunden wöchentlich gearbeitet werden, außerdem soll noch eine Anzahl Arbeiter entlassen werden, und zwar zunächst 25. Die Direktion hat dem Betriebsrat gegenüber erklärt, daß sie zu dieser Maßnahme gezwungen sei, weil sie von den Banken einen weiteren Kredit nicht mehr erhalten könne.

Michelstadt (im Oberrhein), 4. Jan. Der um die Geshichtschreibung der hiesigen Stadt verdiente Ludwig Kurz wurde zum Ehrenbürger von Michelstadt ernannt.

Waldbühelbad i. O., 4. Jan. Bürgermeister Stein trat am 1. Januar in den Ruhestand. Fast während eines Menschenalters leitete er mit großer Umsicht die Geschäfte der Gemeinde. Er schuf sich bleibende Verdienste um den Straßenbau und um die Einrichtung der Wasserleitung. Unter den schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen sicherte er der Gemeinde die Versorgung mit elektrischer Energie. Noch im Vorjahre konnte unter seiner Leitung das neue Volksschulgebäude seiner Bestimmung übergeben werden.

Freiburg, 4. Jan. Am zweiten Weihnachtstagsabend wurde auf dem 815 Meter hohen Lindenberg bei St. Peter — einem der schönsten Aussichtspunkte des Dreisamtals ein neues katholisches Kur- und Erziehungshaus seiner Bestimmung übergeben. Das neue Haus, das mit allen modernen Einrichtungen versehen ist, kann in 51 Räumen rund 70 Personen beherbergen.

DJ. Guggenau, 5. Jan. Der verheiratete Polizeiwachmeister Martin Rinner hat sich gestern in Rastatt der Gerichtsbehörde selbst gestellt mit der Angabe, für die Stadtkasse Guggenau einlassierte Gelder in Höhe von 3000 M. unterschlagen zu haben. Wie wir erfahren, steht die Höhe der unterschlagenen Summe noch nicht fest. Rinner wurde sofort in Haft genommen.

DJ. Neustadt i. Schw., 4. Jan. Die neue Fernsprecheinrichtung im Neustädter Fernsprechamt, die im Automaten- und Selbstanschluß besteht, wurde heute mittags 12 Uhr nach einleitendem Vortrag des Oberleitungsbauführers Sätze in Betrieb genommen.

ib. Schapbach (bei Wolfach). In dem zwei Kilometer unterhalb des Dorfes gelegenen weithin bekannten Gasthaus zum „Dörsen“ brach heute morgen 2 1/2 Uhr Feuer aus. Das städtische Hauptgebäude ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt, während die anderen Gebäude vom Feuer verschont blieben. Außer dem Vieh konnte nichts gerettet werden. Der Wert wird auf 50 000 M. geschätzt, die verbrannten Fahrnisse auf 40—45 000 M. Man vermutet Brandstiftung.

*** Meßkirch, 4. Jan.** Bei Einfahrt in den Bahnhof Krauchenwies entgleiste heute 14 Uhr ein Güterzug mit einer Tenderachse und 10 Güterwagen, wodurch das Hauptgleis auf etwa 9—10 Stunden gesperrt wurde. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Verletzt wurde niemand.

Stuttgart, 5. Jan. Staatspräsident Bagille hat gestern den wegen Mordes an dem Dienstmädchen Berta Kochmann in Stuttgart zum Tode verurteilten Johann Schüller von Rehlheim in Bayern zu lebenslanglichem Zuchthaus benachteiligt. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat sich Schüller heute Nacht in seiner Zelle im Gefängnis erhängt.

DJ. Stuttgart, 5. Jan. General der Infanterie Frh. Otto v. Bügel, in seiner letzten Friedensstellung Kommandeur der zweiten preussischen Division in Jüterburg, bei Kriegsausbruch stellvertretender kommandierender General in Stuttgart, dann Führer des 26. Reservekorps, ist in Ronnenau bei Raing im 74. Lebensjahre gestorben. Er hatte sich eine kleine Brandverletzung an der Hand zugezogen. Es trat Blutvergiftung ein, die zum Tode führte.

Handel und Wirtschaft

Berliner Feisennotierungen

	5. Jan.	4. Jan.
Amsterdam 100 G.	168.98	169.32
Kopenhagen 100 Kr.	112.25	112.47
Italien 100 S.	22.14	22.18
London 1 Pf.	20.43	20.47
Newyork 1 D.	4.1885	4.1965
Paris 100 Fr.	16.475	16.515
Schweiz 100 Fr.	80.875	81.035
Wien 100 Schilling	59.16	59.28
Brag 100 Kr.	12.412	12.432

Verschiedenes

Schweres Explosionsunglück in Berlin

W.B. Berlin, 5. Jan. (Tel.) Auf dem Grundstück Landsberger Allee 116 ereignete sich eine schwere Gasexplosion, die eine Anzahl Tote und Verletzte forderte. Das Haus bildet ein grauenvolles Bild der Verwüstung. Die etwa sechs Meter breite rechte Seite des Hauses ist vollständig abgerissen und auf das danebenliegende unbedeckte Gelände abgestürzt, wo eine ungeheure Masse von etwa 10 Meter Höhe, die aus Mauerblöcken, Balken, Brettern und Möbelfetzen besteht, der Aufräumung harret. Bis 3 Uhr nachts wurden drei Tote und 15 Verletzte geborgen. Doch dürfte die Zahl der Toten weit erheblicher sein, da gerade in diesem Flügel sich die Schlafzimmer vieler Hausbewohner befanden. Die im Hause im Erdgeschoß befindlichen Läden, eine Gastwirtschaft und ein Kolonialwarengeschäft, sind völlig zerstört. Aufsehenerregend ist die Explosion durch große Mengen von Ammoniak entstanden, die sich in den Kellerräumen des Hauses angesammelt hatten.

W.B. Berlin, 5. Jan. (Tel.) Den von Polizei und Feuerwehr unermüßlich fortgesetzten Bemühungen um die Bergung weiterer Verunglückter ist es, wie das Rettungsamt mitteilt, bisher gelungen, sechs Tote und 18 Verletzte zu bergen. Von anderer Seite wird gemeldet, daß die Zahl der Toten, die man bisher aus den Trümmern geholt hat, sieben beträgt. Die in das Krankenhaus Friedrichshain eingelieferten Verletzten haben größtenteils Knochenbrüche davongetragen. Ein morgens unter den Trümmern lebend hervorgezogenes Kind, die Tochter des ums Leben gekommenen Gastwirtsgepaars Scheithauer, hat eine Gehirnerschütterung und innere Verletzungen erlitten.

Die Untersuchung über die Ursache der Katastrophe ist von Seiten der Bau-polizei, soweit die Aufräumarbeiten es gestatten, eingeleitet. Im Laufe des Vormittags trafen auch Vertreter der Staatsanwaltschaft an der Unglücksstätte ein, um eine gerichtliche Voruntersuchung vorzunehmen. In Kreisen des Großschlächtergewerbes nimmt man an, daß es sich um einen Sabotageakt handelt, der mit der augenblicklichen Streikbewegung der Schlächter in Verbindung steht. Bevor die polizeiliche Untersuchung über die Katastrophe nicht abgeschlossen sei, könne man jedoch nichts Bestimmtes sagen.

Ein Verfahren gegen Miß Eiders

W.B. Paris, 5. Jan. (Tel.) „Newyork Herald“ berichtet aus Atlanta, der auf Anweisung der Behörden des Staates Georgia gegen die durch ihren letzten Ozeanflug bekanntgewordene Miß Eiders im Jahre 1924 ausgestellte Haftbefehl sei jetzt vollzogen worden. Miß Eiders, die beschuldigt werde, sich einem Pastor gegenüber zu frei benommen zu haben, sei jedoch alsbald wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Sie behauptet, daß an den Beschuldigungen kein wahres Wort sei. Die Angelegenheit wird im nächsten Monat vor das Gericht kommen.

Staatsanzeiger

Auf Grund des § 1 der Verordnung vom 26. Juli 1919 (S. 427) sind für das Jahr 1928 zur Veröffentlichung in Bekanntmachungen der badischen Justizbehörden auf dem Gebiete der Rechtspflege die nachstehend aufgeführten Zeitungen bestimmt worden:

I. Bekanntmachungen des Oberlandesgerichts:

Karlsruher Zeitung.

II. Bekanntmachungen der Landgerichte:

1. Konstanz: Konstanzer Zeitung.
2. Waldshut: Albote.
3. Freiburg: Volkswacht.
4. Offenburg: Offenburger Zeitung.
5. Karlsruhe: Badischer Beobachter.
6. Mannheim: Volkstimme.
7. Heidelberg: Pfälzer Vote.
8. Mosbach: Mosbacher Volksblatt.

3. Bekanntmachungen der übrigen Justizbehörden in den Amtsgerichtsbezirken:

a. des Landgerichtsbezirks Konstanz:

1. Donaueschingen: Donaueschinger Tageblatt.
2. Engen: Engauer Erzähler.
3. Konstanz: Konstanzer Zeitung.
4. Meßkirch: Meßkircher Volksblatt.
5. Fullendorf: Fullendorfer Anzeiger.
6. Badolzell: Freie Stimme.
7. Ettenbach: Ettenbacher Tageblatt.
8. Überlingen: Seebote.
9. Billingen: Billinger Volksblatt.

b. des Landgerichtsbezirks Waldshut:

1. Bonndorf: Schwarzwälder Zeitung.
2. Säckingen: Säckinger Volksblatt.
3. St. Blasien: Albote.
4. Schönau: Wiesentäler Zeitung.
5. Schopfheim: Markgräfler Tageblatt.
6. Waldshut: Albote.

c. des Landgerichtsbezirks Freiburg:

1. Breisach: Breisacher Zeitung.
2. Emmendingen: Breisgauer Nachrichten.
3. Ettenheim: Ettenheimer Zeitung.
4. Freiburg: Volkswacht.
5. Kenzingen: Kenzinger Wochenblatt.
6. Lössach: Oberbadisches Volksblatt.
7. Müllheim: Markgräfler Nachrichten.
8. Neustadt: Echo vom Hochsitz.
9. Staufen: Staufen Tageblatt.
10. Waldkirch: Waldkircher Volkszeitung.

d. des Landgerichtsbezirks Offenburg:

1. Achern: Badische Nachrichten.
2. Bühl: Acher- und Bühlerbote.
3. Gengenbach: Schwarzwälder Post.
4. Nehl: Nehl'sche Zeitung.
5. Zahr: Zahrer Zeitung.
6. Oberkirch: Renchtalzeitung.
7. Offenburg: Offenburger Zeitung.
8. Trüben: Trüben'scher Bote.
9. Wolfach: Rinzigäler Nachrichten.

e. des Landgerichtsbezirks Karlsruhe:

1. Baden: Badener Tagblatt.
2. Bretten: Süddeutsches Volksblatt.
3. Bruchsal: Bruchsaler Zeitung.
4. Durlach: Durlacher Tageblatt.
5. Ettlingen: Mittelbadischer Kurier.
6. Gernsbach: Rastatter Zeitung.
7. Karlsruhe: Badischer Beobachter.
8. Forstheim: Forstheimer Freie Presse.
9. Philippsburg: Bruchraimer Vote.
10. Rastatt: Rastatter Tageblatt.

f. des Landgerichtsbezirks Mannheim:

1. Mannheim: Volkstimme.
2. Schwetzingen: Schwetzingener Zeitung.
3. Weinheim: Weinheimer Anzeiger.

g. des Landgerichtsbezirks Heidelberg:

1. Eppingen: Eppinger Zeitung.
2. Heidelberg: Pfälzer Vote.
3. Sinsheim: Sinsheimer Landbote.
4. Wiesloch: Wieslocher Zeitung.

h. des Landgerichtsbezirks Mosbach:

1. Adelshausen: Bauländer Vote.
2. Borberg: Borberger Anzeiger.
3. Buchen: Buchener Volksblatt.
4. Eberbach: Eberbacher Zeitung.
5. Mosbach: Mosbacher Volksblatt.
6. Neckarbischofsheim: Badstädter Zeitung.
7. Tauberbischofsheim: Tauber- und Franckenbote.
8. Wertheim: Wertheimer Zeitung.

Karlsruhe, den 31. Dezember 1927.

Der Justizminister:

Dr. Trunz.

Den Stadtgemeinden Stuttgart, Heilbronn und Ludwigsburg sowie den Pferdezüchtereien Leonberg und Hall wurde die Erlaubnis zum Losertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 3. Januar 1928.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach

Bekanntmachung

Die Auflösung der Gesamtgemeinde Adelshausen.

Die zwischen den Orten Adelshausen und Schönbuch (Gesamtgemeinde Adelshausen, Amtsbezirk Überlingen) einerseits und den Gemeinden Lippertsreute und Bamberg andererseits abgeschlossenen Vereinbarungen über die Vereinigung von Adelshausen mit der Gemeinde Lippertsreute und von Schönbuch mit der Gemeinde Bamberg wurden unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen vom 1. April 1928 genehmigt.

Karlsruhe, den 3. Januar 1928.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach

Bekanntmachung

Sammlung für das Taubstummenheim Bruggthalen.

Dem Verein für badische Taubstumme — e. V. — wird in jederzeit widerruflicher Weise zur Veranstaltung einer Straßensammlung am Sonntag, den 25. März 1928 und einer Hausammlung in der mit diesem Sonntag beginnenden Woche Genehmigung auf Grund der Bundesstaatsverordnung vom 15. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 143) und der badischen Ausführungsverordnung dazu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) erteilt.

Karlsruhe, den 3. Januar 1928.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der ständigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Entlassen auf Ansuchen:

Verwaltungsobersekretär Artur Fremmer zuletzt beim Bezirksamt Billingen.

Ministerium der Finanzen

Wasser- und Straßenbaudirektion

Ernannt:

Zum Verwaltungsobersekretär der Verwaltungsdirektion Karl Freyher, zu Zeichenassistenten die Zeichenassistenten Wilhelm Geel und Ernst Dyll, sämtliche bei der Wasser- und Straßenbaudirektion.

In den Ruhestand tritt kraft Gesetzes:

Der Verwaltungsobersekretär Adam Selwig beim Wasser- und Straßenbauamt Karlsruhe.

Öffentliche Erinnerung.

I. Es sind zu entrichten:

Auf 10. Januar 1928 die Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer 1927 nicht dem Zuschlag zur Landeskirchensteuer aus der Einkommensteuervorauszahlung. M. 248

Auf 15. Januar 1928 die IV. Rate der Grund- und Gewerbesteuerdorauszahlung 1927 nebst 10 v. H. Zuschlag zur Landeskirchensteuer.

II. Nicht rechtzeitig bezahlte Abgabenbeiträge werden im Postnachnahmeverfahren erhoben oder beigetrieben.

Man zahle bargeldlos und vergesse nie seine Steuernummer, bei der Grund- und Gewerbesteuerdorauszahlung die Sollbuchnummer, anzugeben.

Karlsruhe, den 4. Januar 1928.

Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Bekanntmachung über die vereinfachte Einreichung der Belege über den Steuerabzug vom Arbeitslohn für das Kalenderjahr 1927.

I. Für die im Kalenderjahr 1927 vom Arbeitslohn einbehaltenen Steuerabzugsbeträge sind abweichend von den Vorschriften der §§ 40 bis 49, 51, 52, 53 der Durchführungsvorschriften über den Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 5. September 1925 (Reichsministerialbl. S. 1186) die Lohnsteuerüberweisungsblätter, Lohnsteuerausweise und Nachweisungen die Zusammenstellung und die Steuerarten mit Einlagebogen nur nach Maßgabe der Art. 2 bis 6 dieser Bekanntmachung einzureichen. M. 250

(1) Arbeitgeber, die im Kalenderjahr 1927 den Steuerabzug vom Arbeitslohn im allgemeinen Überweisungs- und Behördenverfahren nach §§ 42 bis 45, 50 der Durchführungsvorschriften über den Steuerabzug vom Arbeitslohn vorgenommen haben, haben nach Ablauf des Kalenderjahres 1927 in die Lohnsteuerüberweisungsblätter nach vorgeschriebenem Muster nur diejenigen Arbeitnehmer aufzunehmen, die im Kalenderjahr 1927 während der ganzen Dauer der Beschäftigung oder während eines Teils derselben in einer anderen Gemeinde (Stammgemeinde) als der Beschäftigungsgemeinde einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines inländischen Wohnsitzes ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten.

(2) Als Beschäftigungsgemeinde gilt die Gemeinde derjenigen Betriebsstätte, von der aus die Steuerabzugsbeiträge für im Kalenderjahr 1927 gezahlten Arbeitslohn an eine Kasse der Reichsfinanzverwaltung abgeführt worden sind. Im Behördenverfahren ist der Sitz der abführenden Kasse maßgebend.

(3) Hat ein Arbeitgeber Arbeitnehmer beschäftigt, die während der ganzen Dauer der Beschäftigung oder während eines Teils derselben in anderen Gemeinden als in der Beschäftigungsgemeinde einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines inländischen Wohnsitzes ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten, so ist für jede dieser Gemeinden (Stammgemeinden) eine besondere Lohnsteuerüberweisungsliste auszufüllen.

(4) Arbeitnehmer, die während der Dauer der Beschäftigung im Deutschen Reich weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten, sind für sich in einer gemeinsamen Lohnsteuerüberweisungsliste zusammen aufzuführen.

(5) Befristet der Arbeitgeber mehrere Betriebsstätten, von denen aus im Kalenderjahr 1927 Steuerabzugsbeiträge abgeführt worden sind, so sind von jeder dieser Betriebsstätten aus die Lohnsteuerüberweisungslisten besonders auszufüllen.

(4) Hat ein Arbeitgeber die in mehreren Betriebsstätten einbehaltenen Steuerbeiträge durch eine Stelle gesammelt an eine Kasse der Reichsfinanzverwaltung abgeführt, so sind die Überweisungslisten von dieser Stelle aus auszufüllen. Die Präsidenten der Landesfinanzämter sind befugt, in besonders begründeten Fällen auf Antrag zuzulassen, daß die Überweisungslisten von den einzelnen Betriebsstätten aus ausgeschrieben werden, wenn der Arbeitgeber in der Lage ist, der Kasse der Reichsfinanzverwaltung, an die die Steuerabzugsbeiträge abgeführt worden sind, mitzuteilen, wie sich sein Abführungslohn auf die einzelnen Betriebsstätten verteilt. Das gilt sinngemäß auch für die Fälle des § 53 der Durchführungsvorschriften über den Steuerabzug vom Arbeitslohn.

IV.

Der Arbeitgeber hat die Lohnsteuerüberweisungslisten auf Grund der Eintragungen in dem Lohnkonto (§ 38 der Durchführungsvorschriften über den Steuerabzug vom Arbeitslohn) auszufüllen. In Spalte 4 der Lohnsteuerüberweisungsliste ist der Steuerabzugsbetrag anzugeben, der von dem Arbeitslohn einbehalten worden ist, den der Arbeitnehmer in der Zeit bezogen hat, während der er seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines inländischen Wohnsitzes seinen gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb der Beschäftigungsgemeinde hatte (Spalte 3). Die Lohnsteuerüberweisungslisten sind in Spalte 4 aufzurechnen und vom Arbeitgeber oder einer Person, die zur Vertretung der Firma rechtlich befugt ist, zu unterschreiben.

V.

(1) Soweit nach dem Art. II, 3 Lohnsteuerüberweisungslisten auszufüllen sind, sind sie mit einer nach vorgeschriebenem Muster abzugebenden Bescheinigung, daß die Angaben vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind, spätestens bis zum 29. Februar 1928 dem Finanzamt, in dessen Bezirk die Beschäftigungsgemeinde liegt, einzufenden. In den Fällen des Art. III, Abs. 4 muß bis zu diesem Tage auch die Mitteilung über die Verteilung der Lohnsteuerbeiträge auf die einzelnen Betriebsstätten abgegeben werden.

(2) Sofern Lohnsteuerüberweisungslisten von einem Arbeitgeber nicht auszufüllen sind, hat er dem Finanzamt Bescheinigung nach vorgeschriebenem Muster spätestens bis zum 29. Februar 1928 einzufenden.

(3) Die Bescheinigung für die Listen und Erklärungen werden den Arbeitgebern auf Verlangen vom Finanzamt kostenlos zur Verfügung gestellt.

VI.

(1) Soweit der Steuerabzug vom Arbeitslohn im Kalenderjahr 1927 im Markenverfahren nach §§ 54 bis 62 der Durchführungsvorschriften über den Steuerabzug vom Arbeitslohn durchgeführt worden ist, ist der Arbeitnehmer verpflichtet, spätestens bis zum 29. Februar 1928 seine Steuerkarte und die Einlagebogen, die im Kalenderjahr 1927 zum Einlösen und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, an das Finanzamt abzuliefern, in dessen Bezirk er zur Zeit der Ablieferung seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines inländischen Wohnsitzes seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Die Steuermarkenbogen sind in Spalte 2 und 4 aufzurechnen.

(2) Auf die Verpflichtung zur Einfindung oder Übergabe der Steuerarten und Einlagebogen hat der Arbeitgeber durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen hinzuweisen.

(3) An Stelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Einfindung oder Übergabe der Steuerarten und Einlagebogen übernehmen; in diesem Falle sind die Steuerarten und Einlagebogen dem für den Arbeitgeber zuständigen Finanzamt zu übersenden.

Karlsruhe, den 3. Januar 1928.

Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Mittwoch, den 4. Januar 1928, verschied am frühen Morgen der Generaldirektor unserer Gesellschaft

Herr Kgl. Baurat Dr.-Ing. e. h.
Paul Bilfinger

im 70. Lebensjahre.

Der Entschlafene ist aus einem arbeitsreichen Leben und einer segensreichen, erfolgkrönenden Tätigkeit unerwartet abgerufen worden.

Wir betrauern in dem Heimgegangenen den Mitbegründer unseres Unternehmens, dem er sein ganzes Können und Wirken bis zum letzten Augenblick gewidmet hat.

Er war uns allen ein Vorbild treuester Pflichterfüllung und ein bewährter Führer, der von Gerechtigkeit und Wohlwollen seinen sämtlichen Mitarbeitern gegenüber beseelt war; sein Schaffen und Wirken ist aufs innigste verknüpft mit dem Aufblühen und Wachsen unserer Gesellschaft. Seiner Persönlichkeit vor allem ist es zu danken, daß unser Unternehmen heute weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus eine geachtete Stellung einnimmt.

Das Andenken an diesen seltenen Mann, dessen Heimgang wir aufrichtig betrauern, wird unvergänglich in uns fortleben.

Mannheim, den 4. Januar 1928.

Aufsichtsrat und Vorstand
der Grün & Bilfinger Aktiengesellschaft

Die Feuerbestattung findet am Samstag, den 7. Januar 1928, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Mannheim statt. S. 25

Leichenwagen

Herren als Spezialität
Lorch Fahrzeugwerke
G. m. b. H. 6931
Lorch Nr. 9, Württemberg
Jede Ausführung vorzüglich
günstige Zahlungsbedingungen.
Angebote und Bilder kostenlos.
Gebrauchter, sehr gut erhaltener
Sauterwagen auf Gummi-
rädern sehr preiswert abzugeben.



Badisches Landestheater
Freitag, 6. Januar 1928
Volkstümliche Vorstellung
zu halben Preisen

Fra Diavolo

von Huber

Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz

In Szene gesetzt von
Otto Strauß

Fra Diavolo Witt
Lorch Bogel
Pamela Weiner

Ablösung der Durlacher Stadtanleihe von 1906 — Neubest.

Nach Beschluß des Stadtrats vom 28. Dezember 1927 wird Neubest. der Durlacher Stadtanleihe von 1906 mit 1 1/2 v. H. des Nennwertes freiwillig bar abgelöst. Die Anträge sind unter Anschluß der Schuldverschreibungen nebst Zins- und Erneuerungsscheinen bis spätestens 31. März 1928 beim städt. Rechnungsamt Durlach zu stellen. Jedem Antrag ist eine Erklärung beizufügen, daß die Barablösung vorbehaltlos angenommen wird.

Durlach, den 2. Januar 1928. S. 26

Der Oberbürgermeister.

Borenzo Laufkötter
Matteo Böfer
Berline Schneider
Giacomo Dr. Bucherpennig
Peppo Rainbach
Dragoner Burt
Müller Gröbinger

Tanz einstudiert von
Edith Bielefeld

Anfang 20 Ende geg. 22 1/2

I. Rang und I. Speeritz
3,50 Mk.

Sa. 7. Jan. nachmittags:

Die Reise ins Schlaffenland.

Abends: Zum Gedenken

der Uraufführung vor 75

Jahren: Neu einstudiert:

Die Journalisten.

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich ab 8 Uhr

Sonn- und feiertags 4 u. 8 Uhr

REVUE

Wien

und die

Wiener

Druck G. Braun, Karlsruhe